Humanistische Union

Neuregelung der Sterbehilfe? Diskussion mit den Bremer Bundestagsabgeordneten

Mittwoch, 28. Oktober 2015 um 18.00 Uhr

Kultursaal der Arbeitnehmerkammer, Bürgerstr. 1, 28195 Bremen

Neuregelung der Sterbehilfe? Diskussion mit den Bremer Bundestagsabgeordneten

Diskussionsveranstaltung mit

- Marieluise Beck (MdB Bündnis 90/Die Grünen),
- Birgit Menz (MdB Die Linke) und
- Elisabeth Motschmann (MdB CDU)
- Moderation: Thomas Köcher (Landeszentrale für Politische Bildung)

Seit gut einem Jahr diskutieren die Bundestagsabgeordneten über eine gesetzliche Regelung zur Sterbehilfe. Inzwischen liegen dazu fraktionsübergreifend vier Gesetzentwürfe vor: Brandt/Griese, Hintze/Reimann, Künast/Sitte und Sensburg/Dörflinger. Katja Keul (Grüne), MdB aus Nienburg, plädiert dafür, alles so zu belassen, wie es ist.

Nach einer Umfrage von Infratest dimap vom Oktober 2014 wünschen sich vier von fünf Deutschen, dass Ärzte und Ärztinnen schwerkranken Menschen bei Suizid assistieren dürfen. 79 Prozent der Befragten erklärten, dass es erlaubt sein solle, in solchen Fällen ein tödliches Medikament zur Verfügung zu stellen. Findet sich diese Einstellung in den vorgelegten Gesetzentwürfen wieder oder wird die bestehende Möglichkeit der Sterbehilfe eingeschränkt oder der assistierte Suizid ganz verboten?

Bei der Bundestagsentscheidung, die voraussichtlich am 6. November ansteht, ist der sog. Fraktionszwang aufgehoben. Die persönliche Meinung und die individuelle Überzeugung der Abgeordneten sind maßgebend.

Dies ist Anlass für uns, die Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben e.V. (DGHS) und die Humanistische Union (HU-LV Bremen), die Bremerinnen und Bremer zu einer Diskussion mit ihren Bundestagabgeordneten einzuladen.

Die vier Gesetzentwürfe, die zu erwartenden Auswirkungen und zahlreiche Bewertungen der vier Vorschläge finden Sie in Heft 210/211 der aktuellen vorgänge, die Sie hier bestellen können.

---

https://bremen.humanistische-union.de/veranstaltungen/2015/neuregelung-der-sterbehilfe-diskussion-mit-den-bremer-bundestagsabgeordneten/
Abgerufen am: 25.11.2026